

## Pressemitteilung

### Integration

## **Gottstein: Alle Flüchtlinge sollen Dach über dem Kopf bekommen - 1.000 zusätzliche Plätze schaffen Abhilfe**

Das Land wird sehr kurzfristig die Kapazitäten für in Rheinland-Pfalz ankommende Flüchtlinge deutlich erhöhen. „Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass Asylbegehrende in den Erstaufnahmeeinrichtungen vernünftig untergebracht werden“, erklärt Integrationsstaatssekretärin Margit Gottstein. „Wir werden noch heute einen Teil der Flüchtlinge von Trier nach Hermeskeil, auf den Hahn und nach Ingelheim bringen und in den dortigen Einrichtungen aufnehmen. Ich gehe davon aus, dass für jeden Flüchtling heute ein Bett in einer Unterkunft bereitstehen wird. Die Beschäftigten der AfA tun ihr Bestes, um die Herausforderungen zu bewerkstelligen und ich danke ihnen für ihr großes Engagement.“

Das Land hat auf dem Hahn und in Hermeskeil in dieser Woche 950 neue Plätze geschaffen, die nun nach und nach belegt werden. Hinzu kommen weitere 116 Plätze in neuen Wohncontainern auf dem Gelände der AfA Ingelheim, in die seit heute Asylsuchende einziehen. Außerdem wurde das Personal der AfAs in Trier und Ingelheim durch Landesbedienstete aus anderen Bereichen aufgestockt: „Wir haben unmittelbar die Arbeitsplätze und das Personal in der Aufnahme der AfA Trier verdoppelt“, führt Staatssekretärin Gottstein aus. „Gleichzeitig brauchen wir dringend eine neue, korrigierte Prognose der Asylbewerberzahlen für dieses Jahr vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Denn die tägliche Erfahrung zeigt, dass wir mit deutlich mehr als den erwarteten 20.000 Flüchtlingen in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz rechnen müssen.“

Gottstein fordert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf, alle Kräfte auf die Bearbeitung der Asylanträge zu konzentrieren. „Ich habe gestern die BAMF-Außenstellen in Bingen und Trier erneut gebeten, der Bearbeitung von albanischen Asylanträgen höchste Priorität einzuräumen. Ich fordere den Bund

auf, die Dublin-Überstellungsverfahren auszusetzen. Allein in Rheinland-Pfalz bindet dies die Arbeitskraft eines Einzelentscheiders. Ferner fordere ich den Bund auf, die zwingenden Widerrufsverfahren abzuschaffen. Allein im ersten Quartal 2015 wurden bundesweit 3.000 Widerrufsverfahren eingeleitet – davon 800 gegen anerkannte Flüchtlinge aus Syrien.“